

dent Li Denghui am 20. Oktober, daß die politische Realität das "unauflöslche, tiefe Verhältnis" seiner Regierung als Zentrale mit den Regionen der Mongolei und Tibets nicht erlöschen lasse. (ZYRB, 22.10.90; FCJ, 25.10.90) In der Taipeier Regierung gibt es nach wie vor ein Komitee für die Mongolei und Tibet.

Bei einer jüngsten Meinungsuntersuchung der LHB (12.10.90) sprachen sich 66% der 1.003 Befragten für eine chinesische Vereinigung unter den Bedingungen von Demokratie und Freiheit aus und 21% für die Unabhängigkeit Taiwans mit der Voraussetzung, daß es die chinesischen Kommunisten nicht zum Angriff gegen Taiwan veranlaßt. Aber im Vergleich zu dem Ergebnis einer gleichen Demoskopie am 10. Juni im vorigen Jahr ist der Anteil der Befürworter für die Vereinigung Chinas um 2% gefallen, hingegen der für die Unabhängigkeit Taiwans um 8% gestiegen.

Laut einer anderen Meinungsforschung von Gallup im Auftrag der taiwanesischen Stiftung für die Erforschung der Entwicklung beiderseits der Taiwan-Straße sind 62,7% der 1.013 Befragten gegen und 16,2% für die Unabhängigkeit Taiwans, 19,6% haben keine Meinung dazu. Nur 9,7% der Befragten wollen auf den Souveränitätsanspruch auf das chinesische Festland verzichten, 60,4% wollen dies nicht. Ferner befürworten 56,7% der Befragten Verhandlungen zwischen den Regierungen Taipei und Beijing, 15,5% lehnen dies ab. 41% der Befragten sind ungewiß über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland in den kommenden fünf Jahren, 58,7% sind ungewiß über die Entwicklung in den kommenden zehn Jahren. (LHB, 15.10.90; ZYRB, 16.10.90; FCJ, 18.10.90). -ni-

---

## Hongkong

---

\*(44)

### Gouverneur Wilson warnt vor düsterer Wirtschaftslage in Hongkong

In seinem diesjährigen Regierungsbericht sprach Gouverneur Sir David Wilson von einer düsteren Wirtschaftslage der britischen Kolonie Hongkong

und ermahnte die Einwohner, mit Sparsamkeit der schweren Zeit entgegenzutreten. Er wies darauf hin, daß infolge der Erdölverteuerung die Konjunktur gedämpft sei. Falls die Golfkrise fortduere und die Restriktionsmaßnahmen der wichtigen Handelspartner nicht schnell beendet würden, sei mit einem weiteren Rücklauf des Wirtschaftswachstums in der britischen Kolonie zu rechnen. Die Regierung erwartet in diesem Jahr eine geringere Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 2,5% (im Vorjahr noch 7,5%). Dagegen wird die Inflationsrate nach offizieller Schätzung bei 9,5% oder noch höher liegen. (DGB, 12.10.90)

Um die Wirtschaftsschwierigkeiten zu überwinden, appellierte Wilson an die Unternehmen, die Ressourcen künftig noch rationeller zu nutzen, sich bei der Preis- und Gewinnansetzung zurückzuhalten und die Lohnfrage realistisch zu behandeln, um damit die Preise nicht weiter nach oben zu treiben. Er kündigte die Einschränkung öffentlicher Ausgaben und das Einfrieren neuer Personaleinstellungen bei vielen Behörden an. Andererseits prüfe die Regierung ständig die Pläne zur Einfuhr fremder Arbeitskräfte, um dem Bedarf der Wirtschaft an Fachleuten bei Strukturumwandlung entgegenzukommen. Ferner wolle seine Regierung regelmäßig das Niveau der Sozialpolitik den Preissteigerungen entsprechend anheben.

In den 90er Jahren werde die Wirtschaft Hongkongs, so beurteilte der Gouverneur, mit "festen Schritten" weiter vorwärtsschreiten. Aber solange es wirtschaftliche Schwierigkeiten gebe und die politische Lage im Mittleren Osten unklar bleibe, werde die Hongkonger Regierung keine weiteren Großprojekte im Bauwesen unternehmen.

Hongkong kehrt gemäß der sino-britischen Vereinbarung von 1984 in knapp sieben Jahren an China zurück. Wilson betonte die Bedeutung konstruktiver Kontakte mit der chinesischen Regierung während der Übergangszeit, aber mahnte gleichzeitig Beijing, Entscheidungen der Regierung Hongkong nicht zu behindern. In der letzten Zeit hat die chinesische Führung das britische Gesetz über die Einbürgerungsgewährung für rund 225.000 Hongkong-Chinesen und die Bauplanung eines neuen internationalen Flughafens mit ge-

schätzten Investitionskosten von 38 Mrd.HK\$ (umgerechnet rd. 4,9 Mrd.US\$) scharf kritisiert. In seinem Regierungsbericht verteidigte Wilson diesen Plan. Um sich über das Projekt ausführlich zu informieren, hat Beijing eine Gruppe von Experten Mitte Oktober nach Hongkong gesandt. Nach zehntägigen Besprechungen mit den Experten von Hongkong sind beide Seiten noch immer nicht übereingekommen. (DGB, 27.10.90) Laut Wilson werden die ausführlichen Planungsarbeiten für den neuen Flughafen erst im November 1991 beendet sein. Die Bauarbeiten werden über 1997 hinausreichen. -ni-

\*(45)

### Unterschiedliche Reaktionen auf Arbeitsmarktöffnung Hongkongs für Volksrepublik-Chinesen im Ausland

Seit dem 28. September erlaubt die Hongkonger Regierung denjenigen volksrepublikansich-chinesischen Bürgern in Hongkong zu arbeiten, die mindestens zwei Jahre lang im Ausland (d.h. außerhalb des chinesischen Festlands, Hongkong und Macau) gelebt haben. Außerdem müssen sie die Beschäftigungs- und Einreisebedingungen Hongkongs erfüllen, d.h. sie sollen über Berufseigenschaften (Ausbildung und Erfahrung) verfügen, die Hongkong braucht, und Hongkongs Sicherheitsinteressen nicht widersprechen. Die Erlaubnis kann nur im Ausland beantragt werden. (XNA, 25.9.90; Xingdao Ribao, europäische Ausgabe, 26.9.90)

Vorher konnten nur die legalen chinesischen Einwanderer (pro Tag 75) und die Mitarbeiter staatlicher chinesischer Unternehmen in Hongkong Arbeitserlaubnis von den kolonialen Behörden bekommen. Angeblich hat die Hongkonger Regierung nach wiederholter Aufforderung Beijings die neue Maßnahme verfügt. Einige Intellektuelle in Hongkong glauben daher, daß Beijing auf diese Weise seine Leute in Hongkong infiltrieren und den politischen Einfluß dort verstärken möchte. Aber Gouverneur Sir David Wilson betonte, daß sich die Einstellung auf die private Wirtschaft beschränke. Die Unternehmen, die seit Jahren unter starkem Braindrain leiden, begrüßen deshalb auch die neue Politik der Regierung. (AWSJ, 26.9.90; XNA, 28.9.90). -ni-